

12.04.2016

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Landesregierung muss Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfahren im Bundesfernstraßenbau vorlegen, um alle Projekte des Bundesverkehrswegeplans umzusetzen

I. Sachverhalt

Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik. Als industrielles Zentrum Deutschlands ist Nordrhein-Westfalen daher auf ein leistungsfähiges Fernstraßennetz angewiesen. Der Ausbau der Infrastruktur ist ein wirtschaftspolitisches Zukunftsprojekt. Es ist daher zu begrüßen, dass der im März 2016 vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP 2030) den besonderen Bedürfnissen der Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen weitgehend Rechnung trägt. Der Anteil nordrhein-westfälischer Straßenprojekte an den bundesweit geplanten Maßnahmen steigt erstmals deutlich an und erhöht sich von 16 auf 19,2 Prozent. Das ist ein Anstieg um 20 Prozent. Darüber hinaus belässt der BVWP 2030 alle nordrhein-westfälischen Autobahnprojekte im vordringlichen Bedarf. Die notwendigen Maßnahmen für Nordrhein-Westfalen wurden anhand der drei Kriterien Haupttrouten, Engpässe und Erhalt vor Neubau ermittelt. Der vorgelegte BVWP-Entwurf hat den maroden Zustand und den Ausbaubedarf der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise berücksichtigt. Das darin enthaltene Paket kommt einem „Aufbau West“ gleich.

Der BVWP ist jedoch kein Finanzierungsplan. Die Bundesfernstraßen werden in Auftragsverwaltung von den einzelnen Bundesländern geplant. Nur wenn Nordrhein-Westfalen genügend Bundesfernstraßenprojekte zügig bis zur Baureife plant, kann das im BVWP 2030 enthaltene Paket auch vollumfänglich umgesetzt werden. Daher ist die Anlegung eines Planungsvorrates nötig, was die Landesregierung in den vergangenen sechs Jahren versäumt hat. Die Folge: Allein im Jahr 2015 sank der Anteil an Bundesmitteln für Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Vorjahr um rund 80 Millionen Euro. Jetzt muss die nordrhein-westfälische Landesregierung eine Kehrtwende einleiten. Sie muss umgehend einen Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfahren vorlegen, der einen konkreten Zeitplan und eine genaue Priorisierung aller Projekte enthält. Der Bund hat für viele wichtige Projekte „grünes Licht“ gegeben. Nun ist es an der Landesregierung, den „Aufbau West“ für unser Bundesland auch umzusetzen.

Datum des Originals: 12.04.2016/Ausgegeben: 12.04.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das bisher erzielte Ergebnis für Nordrhein-Westfalen für den BVWP 2030 zu halten und noch zu verbessern,
2. umgehend einen Masterplan zur Beschleunigung der Planungsverfahren für Bundesfernstraßenprojekte vorzulegen, um alle Mittel im Rahmen des BVWP 2030 auch abrufen zu können,
3. mehr Mittel für die Fremdvergabe von Planungsleistungen im Rahmen von Prioritätensetzung im Einzelplan des Verkehrsministeriums zur Verfügung zu stellen, um eine kurzfristige Verbesserung bei den Planungsprozessen zu erreichen,
4. einen Plan vorzulegen, wie ein Vorrat für die Bundesfernstraßenplanung von mindestens 1 Milliarde Euro angelegt werden kann,
5. in einer Übersicht gegenüber dem Landtag für alle nordrhein-westfälischen Straßenprojekte des vordringlichen Bedarfs im BVWP 2030 konkrete Aussagen zu treffen, bis wann die Planungen Baureife erlangen sollen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Josef Hovenjürgen
Klaus Vossemer

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche

und Fraktion